

V5 Selbstbestimmung ist nicht verhandelbar: Gegen jede Form von Zwangsdienst – Für eine solidarische Gesellschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen beschließt:

2 Präambel: Keine Rolle rückwärts ins Gestern

3 Die politische Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder die
4 Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, wie Sie auch in Teilen unserer
5 Mutterpartei geführt wird ist ein reaktionärer Versuch, junge Menschen für das
6 Versagen von Politik und Kapitalismus im Sozial- und Verteidigungssektor
7 zwangsweise in die Pflicht zu nehmen. Während die Regierung Rekordbudgets in die
8 militärische Aufrüstung steckt, soll die junge Generation durch
9 Zwangsverpflichtung zusätzliche Lasten tragen – Lasten, die sie in der Klima-
10 und Coronakrise bereits überdimensional getragen hat.

11 Wir lehnen diese Rolle rückwärts in militaristische Logiken und den Missbrauch
12 junger Menschen als billige Lückenfüller in unterfinanzierten Systemen ab. Wir
13 brauchen keine neuen Dienstpflichten, sondern ein grundlegend gerechteres
14 Gesellschaftsmodell, das Care-Arbeit und soziale Dienste angemessen entlohnt.

15 Beschlussfassung: Antikapitalistische und 16 Antimilitaristische Alternativen

17 Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert:

18 1. Nein zur Zwangsarbeit: Konsequente Ablehnung von Wehr- und Dienstpflicht

- 19 • Eine Verpflichtung junger Menschen unter 30 Jahren stellt eine unzumutbare
20 Einschränkung der freien Lebensgestaltung dar. Die Einführung einer
21 Dienstpflicht wirkt primär Lohn- und Standardsenkend und verhindert
22 notwendige strukturelle Investitionen in bessere Bezahlung und
23 Arbeitsbedingungen. Sie ist ein unzulässiger Eingriff in die
24 Selbstbestimmung junger Menschen und verschleiert vorrangig die
25 Auswirkungen des sozialen Kahlschlags der letzten Jahrzehnte.
- 26 • Wir solidarisieren uns mit allen jungen Menschen, die einen Zwangs- oder
27 Kriegsdienst verweigern würden, und unterstützen zivilgesellschaftliche
28 Kampagnen gegen diese militaristischen Bestrebungen.

29 2. Für eine Revolution der Care-Arbeit: Gute Finanzierung statt Zwang

Der Personalmangel im sozialen und gesundheitlichen Sektor darf nicht durch schlecht entlohnte Zwangsarbeit kaschiert werden. Wir fordern stattdessen:

- Eine, die Zahlung fairer und der Verantwortung entsprechender Entlohnung ermöglichenden, Finanzierung sozialer Träger sowie Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Die Rückführung von originär staatlichen Aufgaben von der freien Wohlfahrtspflege in staatliche Hand, um die Prekarisierung dieser Felder zu beenden.
- Die radikale Entlastung von FLINTA-Personen und anderen, die bereits heute unbezahlte Care-Arbeit in ihren Familien leisten. Eine allgemeine Dienstpflicht würde unbezahlte Care-Arbeit leistende Personen zusätzlich belasten. Wir fordern die Anerkennung und finanzielle Kompensation dieser gesamtgesellschaftlich relevanten Arbeit.

3. Freiheit und Selbstbestimmung

Wir erkennen die Notwendigkeit an, unsere Demokratie und Gesellschaft gegen Bedrohungen verteidigen zu können. Dies darf jedoch niemals auf dem Rücken junger Menschen geschehen, die für Entscheidungen, die sie nicht getroffen haben, mit ihrer Freiheit und Gesundheit bezahlen sollen.

- Die Verteidigungsbereitschaft der Gesellschaft muss auf Freiwilligkeit, Expertise und angemessener Wertschätzung basieren. Ein Zwangsdienst degradiert junge Menschen zu ersetzbaren Ressourcen für staatliche oder militärische Interessen, statt sie als selbstbestimmte Menschen zu behandeln.
- Der Beitrag junger Menschen zur Gesellschaft – sei es im sozialen oder im Sicherheitsbereich – muss eine freie, individuell motivierte Entscheidung bleiben. Jegliche Rekrutierungsstrategie muss auf positiven Anreizen, fairer Bezahlung und maximaler Transparenz fußen. Hierbei setzen wir uns entschieden gegen direkte oder indirekte Zwänge, wie eine Kopplung sozialer Leistungen oder signifikant höhere Vergütungen, die im Wehrdienst ein, die soziale Dienste oder die Verweigerung eines Wehrdienstes benachteiligen. Klassenunterschiede dürfen niemals dafür sorgen, dass sich Menschen zu einem Wehrdienst gezwungen sehen.
- Wir lehnen es ab, dass junge Menschen in die Verantwortung für die Verfehlungen in der Sicherheitspolitik genommen werden, die von der Politik und früheren Generationen mitverschuldet wurden.

Mit diesem Antrag stehen wir für eine Gesellschaft, die auf Freiwilligkeit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität basiert, statt auf militärischem Zwang und der Ausbeutung junger Menschen.

Begründung

erfolgt mündlich